

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 26. April 2016

Panama und die Folgen

Mit der Veröffentlichung der sogenannten Panama Papers befassten sich die Abgeordneten des Landtags. An eine Unterrichtung der Landesregierung schloss sich eine kontroverse Debatte an. S. 3

Wirtschaftsdaten

Die wirtschaftliche Entwicklung in NRW war Thema einer Aktuellen Stunde, die die Opposition beantragt hatte. Anlass: Neue Zahlen u. a. zur gesunkenen Industrieproduktion. S. 5

Quiz zum Jubiläum

Nordrhein-Westfalen und der Landtag NRW werden 70 Jahre alt. In sieben Jahrzehnten ist einiges passiert. Testen Sie Ihr Wissen und seien Sie mit etwas Glück beim Festakt zum Jubiläum dabei. S. 14/15

Spurensicherung

Opfer von Gewalttaten können an einigen Orten in NRW anonym Spuren sichern lassen. Der Frauenausschuss erörterte gemeinsam mit einer Expertin Erfordernisse für ein flächendeckendes Angebot. S. 18

Per Klick ins Amt

Digitale Verwaltung in NRW



70 Jahre Demokratie in NRW

Geburtstage sind viel zu schnell vorbei. Wenn Nordrhein-Westfalen im Sommer 70 Jahre alt wird und im Herbst ebenso der Landtag, lässt sich an einem einzigen Tag gar nicht schildern, was das bedeutet und was es zu feiern gibt.

Landtag Intern startet deshalb mit dieser Ausgabe in eine Serie von Beiträgen rund ums Landes- und Landtagsjubiläum, erinnert an die Geschichte Nordrhein-Westfalens und des Parlaments, blickt zurück, aber auch ins Jetzt und informiert darüber, was an Feierlichkeiten, Bürgerfesten und Aktionen ansteht.

Was wissen Sie eigentlich über die Geburtstagskinder (oder: Jubilare) Land und Landtag? Wir laden Sie ein, in einem Quiz auf Land und Leute, Landschaft und Landtag zu blicken und mit den richtigen Antworten beim zentralen Jubiläums-Festakt im Parlamentsgebäude dabei zu sein. Landtagspräsidentin Carina Gödecke würde sich freuen, Sie persönlich kennenzulernen. Das Quiz und mehr Informationen zum Landtagsjubiläum finden Sie auf den Seiten 14 und 15.

70 Jahre parlamentarische Arbeit sind 70 Jahre, in denen immer wieder um die jeweils beste Lösung gerungen wurde. 70 Jahre voller Ausschuss- und Plenarsitzungen, voller Arbeitskreise, Abstimmungen, Expertenanhörungen, Argumente und Beschlüsse, um die Politik in Nordrhein-Westfalen zu gestalten.

Aktuell geht es im Landtag unter anderem um Möglichkeiten, den Weg zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Ämtern und Behörden auf der anderen Seite zu vereinfachen. Angedacht ist, digitale Zugänge zu schaffen und Behördenabläufe zu modernisieren.

Wie das aussehen könnte und wie die Abgeordneten, aber auch Sachverständige die Ideen einer digitalen Verwaltung bewerten, können Sie im Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den Seiten 9 bis 11 nachlesen.

Rechtsextremismus

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Schülerinnen und Schüler der Oberstufe haben sich im Landtag mit den heutigen Formen des Rechtsextremismus auseinandergesetzt. Die gezielte Ansprache junger Zielgruppen, Verbindungen mit Extremisten im Ausland und der Umgang mit diesen Phänomenen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Im Feind vereint“ (Seiten 6 und 7). Der Rechtsextremismusforscher Prof. Dr. Thomas Grumke erläuterte zudem im Interview, wie er die aktuelle Situation einschätzt.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind mögliche gemeinsame Wege des lokalen Handels mit Online-Portalen sowie die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung nach Gewalterfahrungen. SOW



Titelthema: Per Klick ins Amt

Digitale Verwaltung in NRW 9-11

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 21. April 2016, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Firmen im Briefkastenformat	3
Meldungen	4
Wirtschaftspolitik im Blickpunkt	5

Forum

Rechtsextremismus: Altes Gedankengut, neuer Look ...	6-7
---	-----

Gesetzgebung

.....	8
-------	---

Aus den Ausschüssen

Meldungen	12
Wenn der Einzelhandel online geht	13
Spurensicherung: Gegen die Gewalt	18

Forum

Landtags-Quiz: Rätseln und gewinnen	14-15
--	-------

Aus den Fraktionen

.....	16-17
-------	-------

Forum

Porträt: Regina Kopp-Herr (SPD)	19
--	----

Kurz notiert	20
---------------------------	----

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Firmen im Briefkastenformat

Landtag debattiert über Konsequenzen aus Panama-Enthüllungen

20. April 2016 – Diese Enthüllungen sorgten für weltweites Aufsehen: Anfang April veröffentlichte ein internationales Recherchenetz von investigativen Journalistinnen und Journalisten die sogenannten Panama Papers – vertrauliche Unterlagen einer panamaischen Kanzlei zu umstrittenen Briefkastenfirmen. Ein Thema auch im Landtag.

Im Mittelpunkt der Plenardebatte stand der Kampf gegen Steuerhinterziehung. In einer Unterrichtung der Abgeordneten bezeichnete NRW-Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) die Größenordnung der Panama-Enthüllungen und den Kreis der Beteiligten als erschreckend. Er kritisierte, während Nordrhein-Westfalen einen schnurgeraden Kurs bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung fahre, könne man dies von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nicht behaupten. Dessen 10-Punkte-Plan als Antwort auf die Panama Papers sei unzureichend. Walter-Borjans forderte u. a., das Kreditwesengesetz zu ändern, um nicht nur Bankangestellte, sondern auch die Banken direkt sanktionieren zu können. Zudem sollten Firmen Gewinne dort versteuern müssen, wo sie diese erwirtschafteten.

„Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt“, betonte **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU). Dass Steueroasen der Vergangenheit angehören müssten, sei mittlerweile Konsens. Allerdings stellte der CDU-Sprecher den landespolitischen Bezug der Panama Papers infrage: „Herr Minister, das ist das falsche Thema!“ Viel relevanter wäre etwa das Nullwachstum in NRW gewesen, meinte Optendrenk. Die Panama-Unterrichtung diene offenbar dazu, den Koalitionsstreit bei anderen Themen zu kaschieren. Interessant sei zudem, dass die Anstalt zur Abwicklung der früheren NRW-Landesbank WestLB die Zahl der Briefkastenfirmen in der Vergangenheit erhöht habe.

Es sei erschreckend, wie die CDU die Problematik bagatellisiert habe, sagte **Stefan Zimkeit** (SPD). Schließlich rede man über „organisierte Kriminalität“. Dass der Landesfinanzminister die Bekämpfung der Steuerkriminalität in den Mittelpunkt seiner Arbeit stelle, sei richtig. Europäische Lösungen seien zwar wünschenswert, allerdings dürfe man nationale Lösungen dabei nicht aus dem Blick verlieren. Zimkeit forderte u. a. eine Verschärfung des Unternehmensstrafrechts und des Geldwäschegesetzes sowie Sanktionen gegen Banken, die Beihilfe leisteten. Er regte einen Aktionsplan gegen Steuerhinterziehung an.

„Nicht nur in edler Absicht“

Der Kampf gegen Steuerhinterziehung müsse mit allen rechtsstaatlichen Mitteln geführt werden, erklärte **Ralf Witzel** (FDP). Er warnte jedoch vor Aktionismus. Jeder Einzelfall erfordere eine „sachgerechte Analyse und Beweisführung“. Es sei naheliegend, dass Briefkastenfirmen „nicht nur in edler Absicht gegründet“ worden seien. Werde Steuerhinterziehung nachgewiesen, solle entschlossen gehandelt werden. Dabei müsse Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen. Handlungsbedarf sah Witzel bei der Aufklärung von Offshore-Aktivitäten der ehemaligen Landesbank WestLB. In diesem Zusammenhang seien noch viele Fragen offen.

Das Thema der Unterrichtung habe durchaus Landesbezug, erklärte **Martin-Sebastian Abel** (GRÜNE). Denn wenn man nichts unternehme, fehle dauerhaft das Geld für Bildung und andere landespolitische Zukunftsaufgaben. Die meisten der aufgedeckten Fälle seien legal gewesen, und genau darin liege das Problem, argumentierte Abel. Er forderte ein Transparenzregister für Deutschland. Obwohl es Bestandteil der 4. Anti-Geldwäsche-Richtlinie der EU sei, habe Deutschland es noch immer nicht eingeführt. Abel begrüßte den 10-Punkte-Plan des Bundesfinanzministers, betonte aber, dass es auf die Umsetzung ankomme.

„Die Panama Papers sind Begleiterscheinungen eines insgesamt dysfunktionalen Steuersystems“, sagte **Dietmar Schulz** (PIRATEN) und lenkte den Blick ins Inland. Die hiesige Bekämpfung und Kontrolle der Geldwäsche befinde sich „auf dem Niveau einer Bananenrepublik“. Aus diesem Grund legten ausländische Diktatoren gern Geld in Deutschland an. Schulz forderte „Tausende mehr Finanzbeamte“ für Betriebsprüfungen. Außerdem plädierte er für ein Unternehmensstrafrecht, anstatt – wie bisher – nur „lächerliche“ Bußgelder zu verhängen. Auch unterstützte Schulz die Forderung seines Vorredners nach einem Transparenzregister. *bra, sow, zab*

Für die Debatte lagen Anträge von CDU ([Drs. 16/11698](#)) und von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/11706](#)) vor.

Foto: Schälte





Blaue Plakette für Dieselautos?

20.4.2016 – Die FDP-Fraktion warnt vor einer „kalten Enteignung von Dieselfahrzeugen durch die ‚Blaue Plakette‘“ ([Drs. 16/11701](#)). Grundlage der Sorge ist ein Beschluss der Umweltministerinnen und -minister von Bund und Ländern vom 7. April 2016. Zur Senkung der Stickstoffemissionen in den Innenstädten könnten demnach neue Umweltzonen ausgewiesen werden, in die nur noch Fahrzeuge einfahren dürften, die die Euro-6-Norm einhielten, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag. Allerdings erfüllten nur erstzugelassene Dieselfahrzeuge seit Herbst vergangenen Jahres diese Norm und erhielten die Plakette. „Die Einführung der Blauen Plakette hätte zur Folge, dass rund 13 Millionen Dieselfahrzeuge aus Innenstädten verbannt werden könnten“, schlussfolgert die FDP. Sie fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen gegen die Einführung der „Blauen Plakette“ auszusprechen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/11767](#)) fand mehrheitlich Zustimmung, ein weiterer der PIRATEN ([Drs. 16/11773](#)) nicht.

Lehrerbildung

20.4.2016 – Die Landesregierung möchte die Ausbildung von Lehrkräften an geänderte Rahmenbedingungen anpassen und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt ([Drs. 16/9887](#)), der nun abschließend beraten wurde. Anpassungsbedarf gebe es vor allem wegen des Ziels, dass Kinder mit und ohne Behinderungen regulär gemeinsam lernen sollen. Auch die Entwicklung der Schulstruktur mit der Schulform Sekundarschule erfordere Anpassungen. So soll ein professioneller Umgang mit Vielfalt ein Ziel der Lehrerbildung werden. Angehende Lehrkräfte sollen die Arbeit in multiprofessionellen Teams lernen. Außerdem soll das bisherige Eignungs- und das Orientierungspraktikum

von jeweils vier Wochen zu einem neuen Praktikum zusammengefasst werden, das 25 Tage dauere. Das Berufsfeldpraktikum am Ende des Bachelorstudiums soll künftig außerhalb von Schulen stattfinden. Der Landtag hat den Gesetzentwurf mit einigen Änderungen ([Drs. 16/11714](#)) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen. In Verbindung mit dem Gesetzentwurf debattierten die Abgeordneten einen Antrag der PIRATEN-Fraktion, die „Lehrkräfte für die Potenziale von Open Educational Resources und den verantwortungsvollen Einsatz von freien Lernmaterialien sensibilisieren“ möchte. Der Antrag ([Drs. 16/10298](#)) wurde mehrheitlich abgelehnt.

Videoüberwachung

20.4.2016 – Dienen zusätzliche Kameras in Bussen und Bahnen der Sicherheit, oder verletzen sie die Privatsphäre der Fahrgäste unverhältnismäßig? Über diese Frage hat der Landtag auf Antrag der PIRATEN-Fraktion ([Drs. 16/11753](#)) in einer Aktuellen Stunde diskutiert. Am 14. April 2016 hatte sich die Verkehrskonferenz für eine flächendeckende Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgesprochen. Die PIRATEN hielten dies für bedenklich. Es gebe keine Belege dafür, dass mehr Kameras auch mehr Sicherheit brächten. Die SPD verteidigte den Einsatz. Nach Angaben der Verkehrsunternehmen sei die Zahl der Übergriffe durch den Einsatz von Kameras gesunken. Weil Busse und Bahnen zum öffentlichen Raum gehörten, hätten alle Beteiligten Anspruch auf mehr Sicherheit, so die CDU. Laut Bundespolizei schreckten Videokameras von Straftaten ab und würden dabei helfen, solche aufzuklären. Jede Überwachung müsse dem Bundes- wie auch dem Landesdatenschutzgesetz entsprechen, hieß es von den GRÜNEN. Eine differenzierte Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit sei immer wieder notwendig. Die FDP sprach sich gegen eine flächendecken-

de Videoüberwachung aus. Entscheidend sei mehr Polizeipräsenz. Die Videoüberwachung könne nur ein Baustein einer komplexen Sicherheitsstruktur sein, so die Landesregierung. Es gehe nun darum, Datenschutz und Sicherheit in Einklang zu bringen.

Nachtragshaushalt verabschiedet

20.4.2016 – Der Landtag hat mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN den Nachtragshaushalt 2016 verabschiedet. Die Oppositionsfractionen von CDU, FDP und PIRATEN stimmten in der dritten Lesung gegen den Entwurf. Mit dem Nachtragset ([Drs. 16/11250](#) und [Drs. 16/11712](#)) werden 47,6 Millionen Euro zusätzlich für die Innere Sicherheit und die Integration von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Hintergrund sind die Übergriffe während der Silvesternacht 2015 in Köln. Finanziert werden soll mit dem Geld u. a. mehr Personal für Polizei und Justiz. Die Mehrausgaben werden durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen. Das Haushaltsvolumen bleibt bei rund 69,6 Milliarden Euro. Die Nettoneuverschuldung liegt weiter bei 1,8 Milliarden Euro. Ein Entschließungsantrag der CDU ([Drs. 16/11770](#)) wurde abgelehnt.

Betriebliche Kindergärten

21.4.2016 – In einem gemeinsamen Antrag regen CDU- und FDP-Fraktion an, betriebliche Kindertagesstätten den Einrichtungen anerkannter freier Träger gleichzustellen und sie in die öffentliche Förderung aufzunehmen. Betriebliche Betreuungsangebote könnten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, heißt in dem Antrag ([Drs. 16/11700](#)). Kleinere und mittlere Unternehmen bräuchten bei der Organisation dieser Angebote jedoch Unterstützung. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Wirtschaftspolitik im Blickpunkt

Aktuelle Stunde zur Situation an Rhein und Ruhr

21. April 2016 – Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung hat im Plenum für eine kontroverse Debatte gesorgt. Hintergrund: Aktuellen Daten zufolge war NRW beim Wirtschaftswachstum im Bundesländervergleich 2015 Schlusslicht, die Industrieproduktion an Rhein und Ruhr um 2,1 Prozent gesunken. Die Oppositionsfractionen warfen Rot-Grün Versäumnisse vor. Der Wirtschaftsminister wiederum wies auf Belastungen durch die Energiewende hin.

FDP-Fraktionschef **Christian Lindner** sagte, wachsender Wohlstand sei nur mit einer prosperierenden Wirtschaft möglich. „Wachstum hebt wie die Flut alle Boote – die kleinen und die großen.“ Wenn es fehle, sei sozialer Aufstieg schwieriger. Der Landesregierung warf er vor: „NRW wird ärmer und perspektivloser. Und das ist Ihre Verant-

„Der ganze Plenarsaal ist überschwemmt mit Krokodilstränen“, kritisierte **Frank Sundermann** (SPD) seine Vorredner. Wer sich seriös mit der aktuellen Wirtschaftslage befassen wolle, müsse zunächst über Ursachen reden. Dazu zählten u. a. die Probleme der großen Energiekonzerne, zu denen auch die ehemalige schwarz-gelbe

und FDP dies darstellten, sagte **Reiner Priggen** (GRÜNE). Bei beiden Fraktionen vermisse er eine Analyse der Situation. Seit 1990 hätten alle Bundesregierungen die Energiewende als Ziel angegeben, und von diesem Ziel sei NRW mit seiner Grundstoffindustrie besonders betroffen. Zwei Drittel der Emissionen



Fotos: Schälte

Christian Lindner (FDP)

Armin Laschet (CDU)

Frank Sundermann (SPD)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Wirtschaftsminister
Garrelt Duin (SPD)

wortung.“ Er kritisierte u. a., Rot-Grün wolle mit dem Landesentwicklungsplan neue industrielle Flächen vermeiden und lege dem Mittelstand mit zunehmender Bürokratie Fesseln an. Dies müsse korrigiert werden. Rot-Grün solle zudem seine „ideologische Energiepolitik“ aufgeben.

„Keine Analyse“

Die Landesregierung wolle den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, dass jeder Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung trage, nur sie selbst nicht, kritisierte CDU-Fraktionschef **Armin Laschet**. Es fehle eine Analyse der derzeitigen Situation, und es fehlten die notwendigen Konsequenzen. Die aktuellen Zahlen müssten die „Sozialdemokratie wachrütteln – was soll denn noch passieren?“ Und: „Wir wollen uns nicht in dieses Schicksal fügen und nicht so tatenlos zusehen wie Sie in dieser Frage“, sagte er in Richtung Landesregierung. Die Menschen wollten, dass diese ihre Sorgen ernst nehme.

Bundesregierung mit ihrer „Rückwärtsrolle beim Atomausstieg“ beigetragen habe. Insgesamt, so Sundermann, blickten die NRW-Unternehmen aber zuversichtlich auf das Jahr 2016. Rot-Grün tue viel für die Wirtschaft, betonte der Abgeordnete und unterstrich: „Wir sind Europas attraktivster Wirtschaftsstandort.“

„NRW ist nicht mehr das Herzland der Industrie“, widersprach **Dr. Joachim Paul** (PIRATEN). Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liege unter dem Bundesdurchschnitt, dasselbe gelte für die Zahl neuer Start-up-Unternehmen. „Woran es mangelt, sind Investitionen – nicht zuletzt öffentliche“, kritisierte der Sprecher der PIRATEN-Fraktion. Daran habe NRW in den vergangenen Jahren fälschlicherweise gespart und sich stattdessen zu sehr auf die Staatsschulden konzentriert. Das Ergebnis sei ein Land im „Krisenmodus“. Nach Auffassung von Paul fehlt es der Landesregierung an Ideen für eine kreative Wirtschaftspolitik.

Nordrhein-Westfalen sei für die Zukunft wesentlich besser aufgestellt, als CDU

stammten in NRW schließlich aus der Stromproduktion aus Stein- und Braunkohle. Wer behauptete, das Tarifvertragstreuegesetz sei ursächlich für die Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen, leiste einen „absoluten Offenbarungseid“.

Nordrhein-Westfalen sei noch nicht da, wo es hingehöre, sagte Wirtschaftsminister **Garrelt Duin** (SPD). Die Aufholjagd habe aber längst begonnen: „Und wir haben einen langen Atem.“ Auch Duin wies auf Belastungen durch die Energiewende hin. NRW sei stärker betroffen als andere Länder. Der Anteil der Grundstoffindustrie liege in NRW bei 30 Prozent, im Bundesdurchschnitt (ohne NRW) bei 18 Prozent. Duin sah für das Land gute Perspektiven. Der Minister nannte Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den Ausbau des Glasfasernetzes als „weiteren Aktivposten zur Förderung der digitalen Wirtschaft“.

Für die Aktuelle Stunde lagen ein Antrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/11754](#)) sowie ein Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/11755](#)) vor.

wib, bra, zab

Rechtsextremismus: Altes

„Das Interesse ist sehr groß“

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas Grumke (46, Bild) hat die Veranstaltung „Im Feind vereint“ moderiert. Er berichtet über Eindrücke und die Situation in NRW.

Herr Prof. Dr. Grumke, woran erkennt man Rechtsextremisten?

Prof. Dr. Thomas Grumke: Der Stil im Rechtsextremismus hat sich in hohem Maße geändert. Das klassische Skinhead-Outfit mit Glatze und Springerstiefeln sehen wir in Nordrhein-Westfalen so gut wie gar nicht mehr. Das bedeutet, dass wir Rechtsextremisten und Neonazis von der Kleidung her nicht mehr erkennen können. Es gilt, auf die Symbolik und auf die Aussagen zu achten.

Zum Beispiel auf die Zahl 88?

Genau. Damit geht es los. Die Szene ist seit langer Zeit sehr aktiv und auch sehr kreativ, wenn es darum geht, geltendes Recht zu umgehen. Es darf sich natürlich niemand den „Hitlergruß“ auf sein T-Shirt drucken. Aber die „88“, die das Gleiche bedeutet, ist kein Problem. Wir haben es jedoch auch mit eindeutiger Symbolik zu tun, die ebenfalls nicht strafbar ist.

Wie hat sich die rechtsextreme Szene in NRW entwickelt?

Es gibt in Nordrhein-Westfalen Schwerpunkte, beispielsweise die Szene in Dortmund, die stellvertretend für diesen Stilwandel steht. Sie besteht vor allem aus autonomen Nationalisten, wie sie sich selbst nennen in Anlehnung an die Linksautonomen. Wir haben eine recht lebendige, nicht parteigebundene Szene.

Wie groß ist diese Szene?

Das lässt sich nicht auf die Zehnerstelle sagen. Sozialwissenschaftlich gesehen haben wir es mit einer sozialen Bewegung zu tun. Eine solche Bewegung besteht aus mehreren Ringen. Es gibt ein Zentrum, die Leute kennen wir. Dann haben wir einen zweiten Kern, das ist der Unterstützerkreis. Den dritten Ring bilden die Mitläufer. Es ist völlig unklar, wie viele das sind. Die gehen mal mit, mal nicht, einige sind sogar nur im Internet aktiv. Um sie herum ist ein weiterer



Kreis von stillen Sympathisanten, die das Gedankengut teilen, sich aber nicht zu Wort melden. Einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge handelt es sich dabei um ca. 15 Prozent der Bevölkerung.

Im Landtag haben sich junge Leute mit dem Thema befasst. Ist es ein Thema, das Jugendliche berührt?

Ja, auf jeden Fall. Im Landtag waren es vor allem Schülersprecher und Schülerzeitungsredakteure, die besonders engagiert sind. Das hat man auch bei der Veranstaltung gemerkt, das ist sehr, sehr gut gelaufen. Aber grundsätzlich mache ich diese Erfahrungen auch bei anderen Veranstaltungen mit Schulklassen zu diesem Thema. Das Interesse ist sehr groß.

Gab es etwas, das Sie besonders beeindruckt hat?

Zwei Dinge haben mich beeindruckt: Die Schülerinnen und Schüler waren sehr gut informiert, und sie haben auch in der Diskussion mit den Politikerinnen und Politikern immer wieder nachgefragt. Die Vorstellung, dass junge Leute unpolitisch sind, ist falsch. Das war sehr eindeutig. *zab*

Rebellisch, unangepasst, cool: So präsentiert sich die rechtsextremistische Szene heute. Ihre wichtigste Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene. Das war Thema der Veranstaltung „Im Feind vereint“ im Besucherzentrum des Landtags am 14. April 2016. Der Landtag und die Landeszentrale für politische Bildung hatten rund 100 Schülerinnen und Schüler eingeladen, um mit ihnen die gefährlichen Tendenzen zu beleuchten.

„Früher war die rechte Szene ein Alt-Herren-Verein“, erklärte Dr. Thomas Pfeiffer, Referent des Innenministeriums. Aber davon sei heute nicht mehr viel zu sehen. Ebenso wenig wie von offenen nationalsozialistischen Parolen oder Symbolen. Stattdessen setze die „neue Rechte“ auf Vorurteile, die auch über die Szene hinaus weit verbreitet seien. Rechtsextremistische Akteure machten sich vor allem die Ablehnung gegenüber Muslimen, Roma und Flüchtlingen zunutze, zeichneten Zerrbilder, schürten Angst.

Die Rechtsextremisten suchten passgenaue Zugänge zu jungen Menschen, erläuterte der Referent: Freizeitangebote, Musik, soziale Medien würden genutzt. Dabei spiele die rechtsextreme

„88“ als Code für „HH“, das Zeichen der „Schwarzen Sonne“ mit Anklängen ans Hakenkreuz und der Schriftzug „SS“ – Symbole der neonazistischen Szene bewegen sich „einen Millimeter unterhalb der Grenze des Verbotenen“, erklärt der Experte Pfeiffer.

Foto: Schälte

Gedankengut, neuer Look

Propaganda häufig nur eine untergeordnete Rolle. Die Schülerinnen und Schüler aus Duisburg, Mettmann, Grevenbroich und Düsseldorf analysierten T-Shirts verbotener rechtsextremistischer Gruppierungen und die Bildsprache im Internet. Ihnen fiel auf, dass es eines geschulten Blicks bedarf, um Symbole zu erkennen und zunächst unscheinbare Gesten zu entlarven.

Im Besucherzentrum wurde es dunkel, ein Film der Landeszentrale für politische Bildung begann. Zu sehen waren Interviews von Vertretern rechtsextremistischer Parteien in vielen europäischen Ländern. „Eigentlich dürften sich Nationalisten unterschiedlicher Länder nicht besonders gut verstehen“, hieß es im Film. Aber: Sie hätten erkannt, dass die internationale Zusammenarbeit das autoritäre Selbstbewusstsein der einzelnen Parteien stärke. Und so erklärten mehrere Anführer rechtsextremistischer Parteien im O-Ton, Ziel sei es, ein „völkisches Europa“ wiederherzustellen. Die jeweils (rassisch) Einheimischen gehörten in ihre Herkunftsländer. Alles solle völkisch geordnet, nichts durchmischt sein. Es fiel der Satz „Toleranz ist unser gemeinsamer Feind.“ In dem Film erklärte der Rechtsextremismusforscher Prof. Dr. Hajo Funke, Rechtspopulisten schlifften an den Ecken der

Demokratie. Und genau das sei die Hoffnung der Rechtsradikalen in Europa, wie dann deutlich wurde: Rechtspopulisten sollten den Weg ebnen für rechtsextremistische Gruppierungen.

„Was wollen Sie tun?“

In der anschließenden Diskussion mit Mitgliedern des Hauptausschusses fragte der Schüler Robert Walter aus Düsseldorf die Abgeordneten, was sie gegen rechte Tendenzen unternehmen wollten. **Angela Freimuth** (FDP) antwortete, man müsse die Probleme lösen, aus denen beispielsweise die Partei AfD Kapital schlage. Außerdem gelte es, sie in Diskussionen zu entlarven, ergänzte **Heiko Hendriks** (CDU). Unter anderem sei das Gewerbetreiben der Zugewanderten ein ökonomischer Gewinn für Deutschland, sagte **Elisabeth Müller-Witt** (SPD). „Und damit meine ich nicht nur die Dönerbude um die Ecke.“ Sie nannte außerdem Aussteigerprogramme als wichtigen Baustein, um Menschen, die der rechten Szene den Rücken kehren wollten, sicher wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

„Seien Sie sich Ihrer Macht bewusst“, sprach **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE) die Schülerinnen und Schüler an. „Sie wählen, sie stellen die Parlamente zusammen.“ Dem Wahlauftritt schloss sich Maria Springenberg-Eich, die Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, an. Mithilfe des Wahl-O-Mats könne jeder und jede testen, welcher Partei er oder sie am nächsten stehe.

„Gegen Stiernacken-Nazis habe ich kein Mittel – die sind aber auch nicht das Problem“, sagte **Michele Marsching** (PIRATEN). Sehr wohl aber komme es darauf an, in konkreten Alltagssituationen Nazis auch Nazis zu nennen, sich klar abzugrenzen, Rechtspopulisten nicht zu verharmlosen und ihnen keinen Raum zu geben.

Die Schülerinnen und Schüler fragten nach den Gründen für Fremdenhass und thematisierten das Problem der Angst vor Fremden. „Wo kommt sie her, und was tut die Politik dagegen?“, fragte ein Schüler. Angst speise sich aus Unwissenheit, meinte Müller-Witt und betonte die Wichtigkeit von Transparenz, Aufklärung und persönlichen Begegnungen.

Bildung sei der Schlüssel, um rechtsextremistischen Neigungen vorzubeugen – darin waren sich alle Abgeordneten einig. Erstens: Wer zu Werten der Toleranz erzogen werde, werde mit großer Wahrscheinlichkeit nicht rechtsextrem, argumentierte Hendriks. Zweitens, führte Freimuth an, sei auch Perspektivlosigkeit ein Grund für das Abrutschen ins rechte Milieu. Deshalb komme es darauf an, Chancen zu schaffen und Arbeit zu ermöglichen. Die Schere zwischen Arm und Reich zu bekämpfen, sei nach wie vor eine wichtige Aufgabe von Politik, sagte Müller-Witt.

„Keinen Millimeter“

Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** gab den Schülerinnen und Schülern eine Bitte mit auf den Weg: „Mischt Euch ein, wenn Menschen diskriminiert werden! Lasst nicht zu, dass Menschen Angst haben, weil sie anders sind. In unserem Land muss jede und jeder leben können – ohne Angst, verschieden zu sein.“

Und weicht vor den Rechten niemals zurück! Lasst Ihnen keinen Raum, keinen Platz, nicht einen Millimeter.“ Dass die Jugendlichen sich zu Wort meldeten und klar Stellung bezögen, sei deshalb so wichtig, weil sie für Gleichaltrige wesentlich authentischer seien als Erwachsene, erklärte Gödecke. Deshalb komme es ebenso auf sie an wie auf Aufklärung, Prävention, Unterrichtseinheiten oder Veranstaltungen. „Sie tragen auch Verantwortung“, sagte die Landtagspräsidentin, „gemeinsam mit uns.“

SOW



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Nachtragshaushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/11250](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 20.4.2016 | in geänderter Fassung ([Drs. 16/11712](#)) angenommen

Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016 | [Drs. 16/11309](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 20.4.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [Drs. 16/9887](#) [Drs. 16/11714](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 20.4.2016 | angenommen

Gesetz zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben über die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10308](#) [Drs. 16/11769](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 20.4.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und weiterer landeswahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/11642](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20.4.2016 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene | [Drs.16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9809](#) | Landesregierung | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9805](#) | CDU | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10057](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs.16/10379](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs.16/10380](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/10799](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/11153](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [Drs. 16/11251](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Kontakt per Mausklick

Sachverständige äußern sich im Innenausschuss zur elektronischen Verwaltung

14. April 2016 – Als Reinhard Mey 1977 vom „Antrag auf Erteilung eines Antragformulars“ und seiner Odyssee durch die „Aktenhauptverwertungsstelle Nord“ sang, konnte er natürlich nicht ahnen, wie Verwaltungen gut 40 Jahre später arbeiten würden. Vieles lässt sich mittlerweile online erledigen, der Kontakt ins Rathaus kommt per Mausklick zustande. Die Landesregierung hat nun ein Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. Ziel ist es u. a., einen rechtlichen Rahmen für das sogenannte E-Government zu schaffen. In einer Anhörung des Innenausschusses haben sich Sachverständige zu dem Entwurf geäußert.

Die Digitalisierung der Gesellschaft habe die öffentliche Verwaltung längst erreicht, heißt es in dem Gesetzentwurf ([Drs. 16/10379](#)): „Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände erwarten zu Recht nicht nur ein umfassendes Online-Informationsangebot, sondern ebenso weitgehende Möglichkeiten, die Dienstleistungen der Verwaltungen elektronisch abzuwickeln.“ Unternehmen und private Haushalte könnten auf diese Weise Zeit und Geld sparen. Neben der Schaffung eines rechtlichen Rahmens gehe es um die Einheitlichkeit des Verwaltungsverfahrens in NRW und die „nachhaltige Förderung der Einführung elektronischer Verfahren“.

Zustimmend äußerte sich die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund). Der Gesetzentwurf schaffe „wichtige Rahmenbedingungen für den Einsatz moderner Technik, die kommunalen Verwaltungen in Verbindung mit der Optimierung von Geschäftsprozessen ermöglicht, Verwaltungsverfahren zu beschleunigen, Verfahrenskosten zu senken und das Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft nachhaltig zu verbessern“. Auf die Kommunen kämen jedoch Sach- und Personalkosten zu. Es müsse gewährleistet sein, dass auch Kommunen in finanzieller Schieflage die Möglichkeiten zur Modernisierung ihrer Verwaltungen nutzen können.

Wichtige Änderungsvorschläge seien aufgegriffen und im Gesetzentwurf berücksichtigt worden, so Helga Block, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, in ihrer Stellungnahme. Vor jeder Verwendung in einer anderen E-Government-Anwendung müsse die betroffene Person einwilligen, dass ihre Stammdaten verarbeitet werden. So behalte sie die „Hoheit über ihre Daten und kann frei entscheiden, ob die entsprechende Datenverarbeitung ihrem Willen entspricht“.

Hürden senken

Der Gesetzentwurf sei geeignet, „bestehende Hürden der Verwaltungsmodernisierung im Land abzusenken und E-Government in NRW voranzubringen“, hieß es in der Stellungnahme der Initiative D21. Auf kommunaler Ebene biete er jedoch wenig Innovationsimpulse und bindende Vorgaben. So sollen Gemeinden und Gemeindeverbände nicht verpflichtet werden, die elektronische Akte und die elektronische Vorgangsbearbeitung einzuführen: „Gerade diese Instrumente stellen aber die wesentlichen verwaltungsinternen digitalen Infrastrukturen dar, um in Zukunft medienbruchfreie, effiziente Verwaltungsprozesse zu gestalten“.

Der Gesetzentwurf schaffe den Rahmen „für ein modernes, innovatives Handeln staatli-

cher Organisationen und Behörden untereinander und im Umgang mit den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern“, so Volker Staupe (Stadt Witten). Die Möglichkeit, Verwaltungsleistungen auch elektronisch zu bezahlen, sei „konsequent und systemkonform“. Der Entwurf sei ein „entscheidender gesetzgeberischer Schritt zu einem E-Government“ in NRW, so der Wirtschaftsrechtler Prof. Dr. Alexander Roßnagel (Universität Kassel). Er habe Vorbildfunktion für vergleichbare Gesetze in anderen Bundesländern.

Eine Evaluation der E-Government-Angebote könne genutzt werden, „den Weg zu weiteren Verwaltungsvereinfachungen in Nordrhein-Westfalen offensiv zu beschreiten“, befanden die Industrie- und Handelskammern (IHK). So werde auch ein „deutliches Signal“ gesetzt, den Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb zu stärken. zab

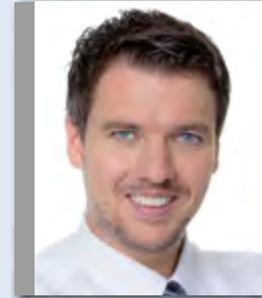
Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Digitale Verwaltung in NRW“



[Thomas Stotko](#)
(SPD)



[Robert Stein](#)
(CDU)

Die elektronische Verwaltung in NRW ist ...

... eine Notwendigkeit im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft und zugleich eine wichtige Möglichkeit, um Verfahrensabläufe innerhalb der Verwaltung zu vereinfachen und effektiver zu gestalten.

... längst überfällig.

Für Bürgerinnen und Bürger ist die elektronische Verwaltung ...

... wichtig, um mit Behörden einfach Kontakt aufzunehmen und zu kommunizieren. Künftig wird die Verwaltung nicht nur die Kontaktaufnahme vereinfachen, sondern einen sicheren Dokumentenaustausch unter anderem über verschlüsselte E-Mails oder elektronische Identitätsnachweise gewährleisten. Zudem verfolgen wir die elektronische Durchführung von Verwaltungsverfahren sowie die elektronische Zahlung.

... bei richtiger Ausgestaltung eine Bereicherung, die flexibel und bürokratiearm kurze Behördengänge von überall ermöglichen kann.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen ...

... benötigen Schulungen und breite Unterstützung bei diesem Prozess. Neben der Belastung der Umstellung werden sie von der Einführung der Prozesse ebenfalls profitieren, beispielsweise durch den Wegfall doppelter Aktenanlagen, den verwaltungsinternen Datenaustausch und den ständigen Zugriff auf Daten, ohne Akten anfordern zu müssen.

... können profitieren, wenn durch die elektronische Verwaltung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z.B. Telearbeit nach der Geburt eines Kindes) verbessert wird.

Eine Verwaltung ohne Papier ...

... wird vorerst Zukunftsmusik sein. Aber sie würde eine ressourcenschonende Art der Kommunikation ermöglichen und zugleich die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Verwaltungsabläufe darstellen.

... muss einen hinreichenden Datenschutz sicherstellen und ausfallfrei funktionieren.



Matthi Bolte
(GRÜNE)



Ralf Witzel
(FDP)



Frank Herrmann
(PIRATEN)

... an vielen Stellen auf einem guten Weg. Wir haben bei unserem zweiten GRÜNEN Online-Check in den Kommunen viele Verbesserungen erkannt. Mit dem E-Government-Gesetz schaffen wir einen im Ländervergleich vorbildlichen Rahmen, um die elektronische Verwaltung voranzubringen, zum Beispiel, indem Behörden Akten elektronisch führen und ihre Prozesse für die elektronische Abwicklung optimieren.

... ein wichtiges Instrument zur Verwaltungsmodernisierung. Sie bildet das Fundament einer dienstleistungsorientierten Behörde. Nicht nur die Kommunikation mit Wirtschaft und Bürgern wird so vereinfacht und schneller, auch verwaltungsintern werden Abläufe klarer strukturiert und effizienter. Kürzere Bearbeitungs- und Genehmigungszeiten fördern die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes.

... leider seit über 20 Jahren immer noch „vor dem Durchbruch“. Um die Vorteile einer elektronischen Verwaltung voll nutzen zu können, muss eine flächendeckende Service-Architektur geschaffen werden. Kompatibilität und Interoperabilität von Angeboten und Dienstleistungen der Verwaltungen in ganz Europa müssen oberstes Ziel der Reform sein.

... eine Erleichterung im Alltag. Wenn beispielsweise eine Urkunde online bestellt werden kann, entfällt der Gang ins Bürgerbüro. Auf unserer Fraktionsreise nach Estland haben wir erfahren, dass Bürgerinnen und Bürger durch das hervorragende E-Government eine Woche pro Jahr an Zeit sparen. Entwickelt sich E-Government zu Open Government, bieten sich Chancen für politische Transparenz und Beteiligung.

... dann von Vorteil, wenn das Angebot ihrem Bedarf entspricht und sie beispielsweise durch online verfügbare Formulare und Informationen Zeit sparen können und nicht an die Öffnungszeiten von Ämtern gebunden sind. Digitalangebote sollten aber stets ergänzend angeboten werden, denn es gibt auch unverändert etliche Bürger, die eine persönliche Beratung wünschen oder sich mit Onlineplattformen schwer tun.

... eine Selbstverständlichkeit, die sie auch aus der Wirtschaft kennen. Einfach, bequem und sicher von zu Hause oder unterwegs die notwendigen Besorgungen und Geschäfte zu machen ist seit Jahren weit verbreitet. Offen, modern und serviceorientiert werden Eigenschaften der elektronischen Verwaltung sein, die Bürgerinnen und Bürger schätzen werden.

... profitieren ebenfalls, wenn durch E-Government Arbeitsabläufe vereinfacht werden und sie die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern auch mithilfe des Internets erfüllen können. Wir wollen bei der Weiterentwicklung der Verwaltung die Beschäftigten und ihre Bedürfnisse einbeziehen und entsprechende Inhalte in der Verwaltungsbildung stärken.

... sollten die fortschreitende Digitalisierung und die Möglichkeiten, die sich daraus zur Kommunikation und Arbeitserleichterung ergeben, grundsätzlich als Chance betrachten. Auch Teleheimarbeit kann dadurch bei strikter Wahrung des Datenschutzes erleichtert werden. Auf die neuen Herausforderungen müssen Arbeitnehmer aber gut vorbereitet werden, damit keine Überforderung eintritt.

... sollen durch moderne IT-Landschaften unterstützt, einfache Arbeitsschritte sollen automatisiert werden. Dadurch kann die öffentliche Hand dem demografischen Wandel in der Verwaltung begegnen. Moderne Aktenführung erlaubt die gleichzeitige Kollaboration unterschiedlicher Behörden und ermöglicht so neue Formen der Beschäftigung, wie etwa Homeoffice.

... bringt auch den digitalen Wandel der Gesellschaft insgesamt voran. Wir wissen beispielsweise aus Estland, dem Paradebeispiel für eine digitale Gesellschaft, dass dort der öffentliche Sektor als Motor für die gesellschaftliche Digitalisierung fungiert hat. Auch die Wirtschaft profitiert von einer schnellen und professionellen Verwaltung, wenn Anträge zügig bearbeitet werden.

... ist heute noch Zukunftsmusik, aber aufgrund der rasanten technischen Entwicklungen in einigen Bereichen perspektivisch denkbar. E-Government ist oft kostengünstig und schnell. Digitalisierung stößt aber an ihre Grenzen, wenn es um hoch sensible Vorgänge oder offizielle Akte geht. Wahlen lassen sich kaum durch Abstimmungsautomaten ersetzen, und Zeugnisse sollten nicht auf CD überreicht werden.

... wird es auch mit dieser eGovernment-Reform nicht geben. Zum einen gibt es durchaus Bereiche, in denen man im Notfall auf Papierverfahren zurückgreifen muss oder in denen es einfach wirtschaftlicher ist, zum anderen sollten Bürgerinnen und Bürger nach wie vor die Möglichkeit haben, die Verwaltung möglichst barrierearm zu erreichen, ob per Telefon, per Post oder elektronisch.



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Belgische Atomkraftwerke

6.4.2016 – Der Umweltausschuss hat sich mit der Laufzeitverlängerung der belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel befasst. Hintergrund: Das NRW-Landeskabinett hatte am 8. März 2016 beschlossen, gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz Beschwerde bei der EU-Kommission und den Vereinten Nationen gegen die Verlängerung einzulegen. Es handle sich um „umstrittene Alt-Reaktoren“, hieß es in der Vorlage der Landesregierung ([Drs. 16/3797](#)). Bei einem nuklearen Ernstfall gehörten NRW und Rheinland-Pfalz zu den „potenziell erheblich betroffenen Gebieten“. Die Kraftwerke seien zwischen 1974 und 1975 in Betrieb genommen worden und hätten nach belgischem Recht 2015 vom Netz gehen sollen. Durch eine Gesetzesänderung sei die Laufzeit der Reaktoren bis 2025 verlängert worden. Tenor der Diskussion im Ausschuss: Eine zügige Abschaltung der Kraftwerke sei erforderlich. Um dies zu erreichen, sollten weitere Gespräche geführt werden.

Kunst als Forschung

7.4.2016 – Soziale Fragen, neue Zugänge, andere Formen der Kommunikation – im Essener Norden gibt es mit dem PACT Zollverein eine Forschungsstätte, über die sich der Kulturausschuss näher informiert hat. Anders als reine Spielstätten, handelt es sich beim PACT um ein Labor, das sich von sozialen Fragen inspirieren lässt, um neue Kunstprojekte und Produktionen zu entwickeln, die auf allen internationalen Festivals Beachtung finden. Kunst könne nicht alleine stehen, sondern berge Ressourcen für Wege weg vom herkömmlichen Lernen. Als „Ort des Fortschritts 2015“ ausgezeichnet, gebe der Bühnen-, Produktions- und Forschungsort PACT allen Künstlerinnen und Künstlern die Freiheit, sich selbst zu entwickeln, ohne Vorgaben zu machen, erklärte PACT-Geschäftsführer Stefan Hilterhaus. Dabei entstünden Ideen, Formen und Kunstzugänge, die in den sozial schwierigen

Stadtteil hineinwirkten. „Man unterschätzt die Menschen dort und wir tun das nicht“, betonte Hilterhaus. Keineswegs müsse man das künstlerische Niveau senken, um die Menschen zu erreichen. Im Gegenteil: Urbane Fragen, das heterogene Umfeld und sich wandelnde Lebenspraxen bildeten gerade erst den künstlerischen Nährboden. Im Kuratorium der Stiftung, die die PACT GmbH begleite, saßen nicht nur Künstler, sondern auch ein Robotikforscher, eine Medizinerin und ein Stadtplaner.

Fragen zur Silvesternacht

7.4.2016 – Die massenhaften Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht waren erneut Thema im Innenausschuss. Konkret ging es um den Vorwurf einer angeblichen Einflussnahme seitens des Innenministeriums auf eine Polizeimeldung, eine sogenannte WE-Meldung (Meldung zu wichtigem Ereignis), vom 1. Januar 2016. Die Polizei hatte in der WE-Meldung, die auch so erschien, von einer Vergewaltigung berichtet. Der Innenminister wies den Vorwurf der Einflussnahme zurück. Vertreter der Kriminalpolizei berichteten im Ausschuss, dass sich ein Polizist aus Köln an ein Telefongespräch erinnere, in dem es auf Wunsch des Ministeriums um die Stornierung oder Umformulierung der Polizeimeldung gegangen sei. Die Meldung sei nicht verändert worden, erklärte der Minister. Alle mit dem Sachverhalt betrauten Beamtinnen und Beamten seien befragt worden. Niemand habe die Erinnerung des Kölner Kripobeamten bestätigt. Auch hätte ein Stornowunsch der Meldung im digitalen Dokumentationssystem erfasst werden müssen, was nicht der Fall sei. Der Vorwurf der Einflussnahme sei in keiner Form belegbar. Wenn eine Kommunikation nicht belegt sei, bedeute das nicht, dass sie nicht stattgefunden habe, wandte die CDU ein. Die FDP fand die Darstellung des Ministers nicht glaubhaft. Das sahen SPD und GRÜNE anders. Weitere Aufklärung müsse zudem im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) stattfinden, forderten sie.

Einbruchskriminalität

7.4.2016 – Die CDU-Fraktion sieht Verbesserungsbedarf bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität. Erforderlich sei eine intensivere Zusammenarbeit nordrhein-westfälischer Sicherheitsbehörden mit Polizei und Justiz der Nachbarländer, heißt es in einem Antrag der Christdemokraten ([Drs. 16/10067](#)). Vor allem die Zusammenarbeit mit der niederländischen Polizei sei schwierig, da diese „projektbezogen“ arbeite und ihre Ressourcen nur innerhalb dieser Projekte einsetze. Die Landesregierung solle sich auf bilateraler Ebene dafür einsetzen, dass Defizite schnell behoben werden. Sprecher der Polizei-Gewerkschaften haben den Antrag in einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses begrüßt. Die Zusammenarbeit mit den Niederlanden habe sich in den vergangenen Jahren zwar verbessert, kranke aber oft an deren projektbezogener Arbeit. In Nordrhein-Westfalen stammten die meisten Tatverdächtigen im Bereich der Einbruchskriminalität aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Mit diesen Staaten müsse die Zusammenarbeit intensiviert werden.

MRSA-Infektionen in NRW

13.4.2016 – Die Zahl der Infektionen mit multiresistenten Keimen (MRSA) in NRW-Krankenhäusern ist seit dem Jahr 2012 um rund 20 Prozent gesunken. Das geht aus einem Bericht des Gesundheitsministeriums an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hervor. Demnach wurden im vergangenen Jahr insgesamt 1.162 MRSA-Infektionen gemeldet, im Jahr 2012 lag die Zahl noch bei 1.456 Erkrankungen. „Valide Daten über Todesfälle ausgelöst ausschließlich durch MRSA liegen nicht vor“, heißt es in dem Bericht. Allerdings gebe es laut Meldesoftware Hinweise darauf, dass die Keime in 78 Fällen zumindest zum Tod beigetragen haben. Nach Angaben des Ministeriums ist auch diese Zahl im Dreijahresvergleich um rund 46 Prozent gesunken (2012: 145 Fälle).

Wenn der Einzelhandel online geht

Chancen und Herausforderungen Thema im Wirtschaftsausschuss

13. April 2016 – Ein Kunde kommt ins Fachgeschäft, lässt sich ausführlich beraten – und kauft die neue Kamera später im Internet. Einzelhändler kennen das Phänomen und ärgern sich regelmäßig darüber. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN regen nun an, Online-Handel und klassischen Einzelhandel zu verbinden. Ihr Vorschlag: In allen fünf Regierungsbezirken des Landes Nordrhein-Westfalen sollten entsprechende Modellprojekte gestartet werden. In einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses haben sich Sachverständige dazu geäußert.

„In der öffentlichen Debatte über die zunehmende Digitalisierung des Handels stehen in erster Linie die Bedrohungen und Risiken für den stationären Einzelhandel und somit für die Innenstädte im Vordergrund“, heißt es im Antrag von SPD und GRÜNEN („Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken – Innerstädtische Quartiere und ländliche Räume brauchen Vielfalt und Versorgungssicherheit“, Drs. 16/10072). Tatsächlich aber könnten die Umsätze bei einer Verknüpfung von Online- und klassischem Einzelhandel („Multi-Channel-Vertrieb“) gesteigert werden. Speziell für den alteingesessenen, inhabergeführten Einzelhandel sei dieser Wandel eine „große Herausforderung, der ohne entsprechende Unterstützung und Beratung kaum zu bewältigen ist“.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW (Städtetag, Landkreis- und Städte- und Gemeindebund) unterstützte den Vorstoß. Allerdings sollten die Kommunen „als maßgebliche Akteure der zukünftigen Entwicklungen“ stärker einbezogen werden. Bei der Auswahl der Projekte sei es ratsam, „die sehr unterschiedlichen Ausgangslagen zu berücksichtigen“.

Der Online-Handel sei der Umsatztreiber im Einzelhandel schlechthin, hieß es in der Stellungnahme des Handelsverbandes Nordrhein-Westfalen. Jeder Händler sei heute gefordert, sich um eine Internet-Präsenz zu kümmern. Andernfalls bestehe die Gefahr, „von der zunehmend digital agierenden Kundschaft nicht mehr wahrgenommen zu werden“. Der Einstieg in die digitale Welt sei nicht nur in Sortimentsnischen interessant. Auch gut sortierten Händlern biete er die Möglichkeit, „durch ergänzende Online-Umsätze einen Standort erfolgreich betreiben zu können, der als rein stationäres Geschäft aufgrund der begrenzten Kaufkraft vor Ort nicht wirtschaftlich wäre“.

Von einem „sinnvollen Vorhaben“ sprach auch Prof. Dr. Stephan Zielke (Bergische Universität Wuppertal) in seiner Stellungnahme. Die Konzepte müssten jedoch dem begrenzten Know-how und den Ressourcen kleinerer Unternehmen Rechnung tragen. Wichtig sei zudem eine Einbindung ins Citymarketing.

Die Industrie- und Handelskammern unterstützten den Antrag und erklärten sich bereit, bei der Umsetzung und Auswertung

mitzuarbeiten. Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag, der Westdeutsche Handwerkskammertag und der Unternehmerverband Handwerk NRW wiesen in einer gemeinsamen Stellungnahme auf eine Umfrage des Zentralverbands des deutschen Handwerks von 2014 hin. Ihr zufolge setzten lediglich 8,1 Prozent der befragten Betriebe das Internet zum Direktverkauf ein. Es gebe aber bereits vielversprechende Ansätze – „zum Beispiel weg von ‚Wir haben nur, was da hängt‘ hin zu Kombinationen von Showrooms mit Zentrallager, wobei digitale Tools oder Apps genutzt werden, um für einen Gesamtüberblick des Kunden zu sorgen“.

Zusammenarbeit mit eBay

Die Programmierung und Pflege eines eigenen Online-Shops seien für viele Einzelhändler schwierig, so die Wirtschaftsförderung Mönchengladbach. Man habe sich deshalb mit eBay Deutschland auf eine Zusammenarbeit verständigt und eine lokale Seite auf der Plattform eingerichtet. Vom ersten Tag an hätten die Händler Umsatz gemacht. Nach 5 Monaten seien über 53.000 Waren im Wert von mehr als 2 Millionen Euro verkauft worden. Jeder Händler, der mindestens 50 Artikel in seinem Shop anbiete, werde im Jahresdurchschnitt rund 90.000 Euro zusätzlichen Umsatz erwirtschaften.

Die Wirtschaftsförderung Wuppertal sah in der Kombination von stationärem Einzelhandel und Online-Handel eine Herausforderung und Chance zugleich. Begleitung und Schulung seien dabei erforderlich. Die Ergänzung durch neue Online-Kanäle könne dazu beitragen, die Attraktivität der Städte zu sichern.

Die Firma Metro begrüßte den Antrag, wies aber darauf hin, dass der Handel einen „raschen und flächendeckenden Ausbau der Versorgung mit Breitband“ und in

Ballungszentren freies WLAN brauche. Vor allem der inhabergeführte Einzelhandel schein das Thema „Digitalisierung“ nicht ernst genommen zu haben, so der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (bitkom). Entscheidend sei der „Wille zur Veränderungsbereitschaft“, meinte der Wirtschaftspublizist und Innovationsberater Andreas Haderlein. Innovative Projekte bräuchten zwar klassische Werbekanäle und -formen, insbesondere aber die Unterstützung städtischer Institutionen. zab



Foto: Schälte

Landtagsquiz: Rätselfn und

Herzlichen Glückwunsch, Landtag!

Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr 70 Jahre alt. Und auch der Landtag hat Grund zu feiern: Er blickt ebenfalls auf sieben Jahrzehnte Geschichte zurück.

Landtag Intern wird dieses Doppeljubiläum in den kommenden Monaten mit zahlreichen Berichten begleiten. Die Redaktion wird beispielsweise auf das große Bürgerfest zum Landesjubiläum Ende August blicken, über den Festakt zum Landtagsgeburtstag Anfang Oktober berichten und an die erste Sitzung des Landesparlaments erinnern.

Diese fand am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus statt. Zuvor hatte die britische Militärregierung am 23. August 1946 aus den früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen in der „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit) das neue Bundesland Nordrhein-Westfalen aus der Taufe gehoben.

Der Landesgeburtstag wird vom 27. bis 28. August 2016 mit einem großen Bürgerfest (NRW-Tag) in Düsseldorf gefeiert, an dem sich der Landtag mit Tagen der offenen Tür beteiligt.

Am 5. Oktober 2016 folgt dann der feierliche Festakt zum Geburtstag des Landesparlamentes im Plenarsaal. Die Festrede hält Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert.

Auftakt der Berichterstattung über das Doppeljubiläum ist in dieser Ausgabe ein Quiz mit zwölf Fragen rund um die Geschichte des Landtags und seine heutige Arbeit.

Blick ins Netz

Von den drei Alternativantworten ist jeweils nur eine richtig. Bei der Beantwortung der Fragen hilft auch ein Blick auf die Internetseiten des Landtags: www.landtag.nrw.de. Aus den zwölf Buchstaben der richtigen Antworten ergibt sich das Lösungswort. Es bezeichnet eine besondere Abstimmungsform im Parlament.

Bitte senden Sie dieses Lösungswort an email@landtag.nrw.de oder per Post an den

Landtag NRW, Referat II.1, Stichwort „Landtagsquiz“, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf. Einsendeschluss ist Montag, 29. August 2016.

Unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit dem richtigen Lösungswort verlosen wir fünfmal zwei Plätze für den feierlichen Festakt zum Landtagsgeburtstag am 5. Oktober 2016. Im Anschluss sind die Gewinner zu einem Empfang bei Landtagspräsidentin Carina Gödecke eingeladen. Die Namen der Gewinner werden in Landtag Intern veröffentlicht.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklären sich mit der Nutzung und Speicherung der von ihnen angegebenen Daten für die Durchführung des Landtagsquiz einverstanden. Die Daten werden im Anschluss gelöscht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: DDRockstar, Fotolia

gewinnen!



Und nun ist Ihr Wissen gefragt: Wie war das damals? Wie setzt sich der heutige Landtag der 16. Wahlperiode zusammen? Wie gut kennen Sie Nordrhein-Westfalen und seine Volksvertretung? 12 Fragen an Sie – Internetrecherche ist erlaubt. Viel Glück!

1. Wie viele Einwohner hat Nordrhein-Westfalen derzeit ungefähr?

- 8 Millionen (F)
- 18 Millionen (H)
- 180 Millionen (V)

2. In welcher NRW-Stadt leben die meisten Menschen?

- Köln (A) Essen (J) Düsseldorf (U)

3. Wer hat NRW gegründet?

- die britische Besatzungsmacht (M)
- der erste NRW-Ministerpräsident (S)
- der Bundespräsident (O)

4. Wodurch wird im NRW-Wappen der Landesteil „Lippe“ repräsentiert?

- Lippe (K) Schwert (P) Rose (M)

5. An welchem Fluss steht das im Jahr 1988 eröffnete heutige Landtagsgebäude?

- Ruhr (S) Weser (U) Rhein (E)

6. Wie viele Abgeordnete gehören dem Landtag NRW in der aktuellen 16. Wahlperiode an?

- 112 (E) 237 (L) 501 (F)

7. Einmal im Jahr überlassen die Abgeordneten ihre Plätze dem Nachwuchs. Der debattiert, berät und beschließt Anträge. Wie heißt diese Veranstaltung?

- Kinderstunde (R)
- Teenager-Party (O)
- Jugend-Landtag (S)

8. An welchen Ausschuss des Landtags können sich Bürgerinnen und Bürger wenden, wenn sie sich von einer Behörde ungerecht behandelt fühlen?

- Petitionsausschuss (P)
- Rechtsausschuss (N)
- Innenausschuss (Q)

9. Wie viele Fraktionen sind im NRW-Landtag vertreten?

- 3 (J) 5 (R) 6 (L)

10. Am 2. Oktober 1946 fand in Düsseldorf die konstituierende Sitzung des Landtags statt. Wo?

- Kino (I) Oper (U) Fußballstadion (B)

11. Was ist das Besondere im neuen Besucherzentrum des Landtags?

- Schnittchen für alle Gäste (P)
- 240-Grad-Panorama-Leinwand (N)
- direkter Zugang zum Bootssteg für Dampfer-Fahrten auf dem Rhein (E)

12. Wann ist in Nordrhein-Westfalen die nächste reguläre Landtagswahl?

- Mai 2017 (G) April 2018 (H) Juli 2019 (S)

Lösungswort: _____

AUS DEN FRAKTIONEN

Gute Resonanz beim zweiten Empfang für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe

Mehr als 350 ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und -helfer nahmen an der Integrationskonferenz der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag teil. Mit der Veranstaltung wollte die Fraktion vor allem Danke sagen für den unermüdlichen Einsatz der vielen Ehrenamtlichen. Zugleich stand der Austausch mit den Anwesenden, die aus allen Teilen NRW kamen und sich in verschiedenen Projekten für geflüchtete Menschen engagieren, im Mittelpunkt. „Sie leisten einen wertvollen Dienst in der Flüchtlingshilfe und einen fast noch wertvolleren an der Gesellschaft insgesamt“, sagt Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Während des Empfangs gab es vier Diskussionsforen. Dort wurde konkret über Fragen, Probleme und neue Projektideen und Initiati-



ven debattiert. Denn nach der Pflicht beginne nun die Kür: „Wir haben 2015 viele Menschen in NRW aufgenommen, nun müssen wir sie in die Gemeinschaft einbinden und integrieren“, so Norbert Römer. Mit der Aufgabe der Integration komme nun eine neue Herausforderung auf NRW zu. Der Weg für die Flüchtlinge, die in NRW zu Kollegen und Nachbarn werden wollen, führe über Sprache und Arbeit. Deshalb haben die Fraktionen von SPD und Grünen die

Eckpunkte für einen Integrationsplan aufgestellt, der fünf Handlungsfelder umfasst: Sprache, Integration in den Arbeitsmarkt, Bildung von Kindern und Jugendlichen, Zusammenleben und Wohnen in den Quartieren sowie neue Anforderungen an die Zivilgesellschaft gegen rechte Tendenzen. Der Plan soll noch vor der Sommerpause vom Landtag beschlossen werden.

Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Landtagspräsidentin Carina Gödecke, einige Landesminister sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und aus dem Hochschulbereich nahmen an dem zweiten Empfang für die Ehrenamtlichen teil.



Auf allen Ebenen für den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen kämpfen

Im Nachgang zum Stahlaktionstag war am 12. April 2016 der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von ThyssenKrupp Steel, Günter Back, in der Fraktionssitzung zu Gast. Back erörterte mit den Abgeordneten die Herausforderungen der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen.



Dabei machte er noch einmal deutlich, dass nicht nur Hunderttausende Arbeitsplätze in der Stahlindustrie selbst, sondern indirekt auch Millionen weitere Beschäftigungsverhältnisse darüber hinaus gefährdet seien. In diesem Zusammenhang nahm der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, die Landesregierung in die Pflicht und erklärte: „Die Ministerpräsidentin hat den Tausenden Stahlarbeitern in Nordrhein-Westfalen versprochen, dass sie keine Politik dulde, die unsere Industrie zerstört. Das Verhalten der rot-grünen Landesregierung passt jedoch nicht zu diesen vollmundigen Solidaritätsbekundungen. Neben einer wirtschaftsfreundlichen Politik in Nordrhein-Westfalen

fehlt es auch an Einsatz auf der Bundesebene: Niedersachsen, das Saarland und Sachsen haben im März eine Bundesratsinitiative zur Entlastung der heimischen Stahlindustrie angestoßen. Ein solcher Antrag hätte aus Nordrhein-Westfalen initiiert werden müssen – wurde er aber nicht. Was noch schlimmer ist: Nordrhein-Westfalen ist dem Antrag trotz Anfrage – im Gegensatz zu Brandenburg – auch nicht beigetreten. Erst auf unseren Druck hin bewegt sich die Landesregierung nun – da erscheint das Nullwachstum in Nordrhein-Westfalen auch nicht mehr überraschend.“



GRÜNER Online-Check: Diese Städte und Gemeinden sind die digitalen Vorreiter

Beim zweiten Online-Check hat die GRÜNE Landtagsfraktion die Internetseiten aller 396 Kommunen in NRW erneut auf ihre Serviceleistungen untersucht. Erstmals wurden auch die Portale der 31 Kreise getestet. Anhand einheitlicher Kriterien haben die 29 Abgeordneten unterstützt von Experten der „Open Knowledge Foundation“ die Angebote in den Bereichen E-Government, Open Government sowie Open Data analysiert. Im Fokus standen auch die Barrierefreiheit und Informationsangebote über Hilfsmöglichkeiten für Geflüchtete. Beispielsweise prüften die Abgeordneten und



Experten, welche Verwaltungsvorgänge Bürgerinnen und Bürger online erledigen können: Kann das Wunsch-Kennzeichen reserviert oder eine Urkunde angefordert werden? Getestet wurde auch, ob zum Beispiel Mängel an

die Verwaltung gemeldet werden können. Nicht zuletzt klärt der Online-Check die Frage, inwieweit die Rathäuser ihre Daten frei zugänglich machen. Den ersten Platz im Online-Ranking 2016 teilen sich Bonn und Köln. Es folgen Mülheim an der Ruhr sowie auf Platz 4 Gelsenkirchen und Moers. „Nach dem Test 2014 haben sich rund 20 Kommunen bei uns beraten las-

sen, wie sie ihr Angebot verbessern können“, so der Fraktionsvorsitzende Mehrdad Mostofizadeh über das Interesse an der bundesweit einmaligen Aktion. Insgesamt ist ein deutlicher Trend nach oben erkennbar, resümiert Matthi Bolte, Sprecher für Netzpolitik. „Professionelle Ratsinformationssysteme haben sich flächendeckend durchgesetzt.“ Die Kommunen bieten mehr E-Government-Services an und nutzen die Möglichkeiten des mobilen Internets besser. „Kommunen müssen im Netz vorangehen, denn der öffentliche Sektor ist der Motor für die Digitalisierung der Gesellschaft“, so Bolte. Alle Ergebnisse gibt es hier: gruene.fr/mn ■



Rasche: Blaue Plakette bringt Versorgung der Innenstädte zum Erliegen

Geht es nach der Bundesumweltministerin und ihren Länderkollegen, soll bundesweit eine „Blaue Plakette“ für Dieselfahrzeuge eingeführt werden. Die Freien Demokraten verfolgen die Pläne mit großer Skepsis. Die Nutzen-Lasten-Relation steht in gewaltigem Ungleichgewicht. „Die neue Plakette hätte verheerende Auswirkungen für den Innenstadt-Verkehr in NRW“, befürchtet Christof Rasche, Parlamentarischer Geschäftsführer und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Die Umsetzung soll schnellstmöglich erfolgen, so dass die Plakette bereits ab 2017 kommen könnte. „Im Klartext bedeutet das: Zur möglichen Senkung der Stickstoffemissionen in den Innenstädten sollen neue Umweltzonen ausgewiesen werden. Dort dürfen dann nur noch Fahrzeuge einfahren, die die Euro-

6-Norm einhalten“, erläutert Rasche die Auswirkung des Beschlusses. Die Konsequenz wäre ein weitgehendes Fahrverbot für Dieselfahrzeuge, weil die Euro-6-Norm erst seit Herbst 2015 Standard für Neuzulassungen ist. Rasche: „Rund 13 Millionen Dieselfahrzeuge könnten aus den Innenstädten verbannt werden. Der Wirtschaftsverkehr und damit die Versorgung der Innenstädte kämen zum Erliegen.“ Die Folge: Geschäfte und Restaurants können nicht mit Waren beliefert werden, Paketdienste erreichen die Wohngebiete nicht mehr, Handwerker können nicht zum Kunden fahren. Und vor allem wären auch Familien mit älteren Dieselfahrzeugen betroffen, denen ebenfalls die Einfahrt in die neuen Umweltzonen



Christof Rasche (FDP)

verwehrt bliebe. „Für die Halter von Dieselfahrzeugen kommt dies einer kalten Enteignung gleich. Gerade Familien mit geringem Einkommen und kleine Handwerksbetriebe können sich nicht so einfach ein neues Fahrzeug leisten.“

Darüber hinaus ist die Wirksamkeit von Umweltzonen umstritten. Deshalb fordert die FDP die Landesregierung auf, sich auf sämtlichen Ebenen konsequent gegen die Einführung auszusprechen. ■



Ein generelles Handyverbot an Schulen passt nicht zu einer modernen Schulpolitik

Das Smartphone ist insbesondere für Menschen unter 18 Jahren ein Alltagsgegenstand. Aber an vielen Schulen in NRW gibt es generelle Handyverbote oder sogenannte Handynutzungsordnungen mit der Regel, dass Geräte nicht genutzt werden dürfen. Die zunehmende Diskrepanz in der Wahrnehmung des Smartphones zwischen Schülern auf der einen und dem Lehrpersonal auf der anderen Seite erreicht mittlerweile bedenkliche Ausmaße.

Die Gründe dafür sind historischer Natur. Während junge Menschen unter 18 Jahren fast vollends mit dieser Technologie aufgewachsen sind und sie komplett in ihren Alltag integriert haben, nehmen die meisten Lehrkörper Smart-



Monika Pieper (PIRATEN)

phones als potenziell störend im Schulalltag wahr. Natürlich gibt es bei jeder Technologie auch Missbrauchspotenzial, sowohl hinsichtlich der angemessenen Nutzung als auch der Nutzungsdauer. Aber es gilt, die positiven Potenziale der digitalen Technologien zu heben.

Sowohl Lehrer als auch die Eltern sind aufgerufen, das Smartphone als Alltagsgegenstand in der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen zu begreifen. Nur das Vorleben vernünftiger Normen bei der Nutzung und die differenzierte Sanktion bei Regelverstößen können langfristig und vor allem außerhalb der Schulzeit zu einer Verbesserung des Nutzungsverhaltens führen. Ein Handyverbot allein in der Schule

wird erzieherisch das Verhalten in der Freizeit kaum verändern.

Ein generelles Handyverbot stellt keinen sinnvollen Ansatz in der modernen Schulpolitik dar. Das Smartphone sollte als Teil der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen respektiert werden. Die Lehrer sollten motiviert werden, in die Medienwirklichkeit von Jugendlichen einzutauchen und mit ihnen zusammen über eine reflektierte Nutzung des Smartphones zu diskutieren. Potenziale für den Unterricht müssen erkannt und mögliche Gefahren für den einzelnen Schüler und die Gesellschaft thematisiert werden. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Spuren der Gewalt

Ausschuss diskutiert anonyme Beweissicherung für Opfer

13. April 2016 – Nach einer Gewalterfahrung sind oftmals die seelischen und körperlichen Wunden zu schmerzhaft, um sich mit juristischen Verfahren auseinanderzusetzen. Dann lassen Opfer mögliche Spuren häufig nicht rechtzeitig sichern. Entschließt sich jemand nach einer Zeit zur Anzeige, können aber möglicherweise keine Spuren mehr gesichert werden. Mit diesem Dilemma hat sich der Frauenausschuss befasst, denn meistens sind es Frauen, die Opfer von häuslicher oder sexualisierter Gewalt werden.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einige Anlaufstellen, bei denen Betroffene, beispielsweise nach Vergewaltigungen, anonym Spuren der Gewalt, die ihnen widerfahren ist, sichern lassen können. Damit liegen für spätere juristische Verfahren Beweise vor.

Oft hielten Angst und Scham, das Ausweichen vor dem erlebten Trauma oder Sprachlosigkeit diese Frauen, aber auch Männer von einer sofortigen Anzeige ab, erklärte Prof. Dr. Claudia Hornberg von der Universität Bielefeld, die im Auftrag des Frauenministeriums NRW regionale Projekte zur anonymen Spurensicherung analysiert hat. Es gibt sie in Bonn/Rhein-Sieg, Bochum/Herne, Bottrop/Gladbeck, Düren/Jülich, Düsseldorf, im Ennepe-Ruhr-Kreis mit Schwelm und Witten, in Euskirchen, Köln, Wuppertal/Remscheid/Solingen, Leverkusen und Bielefeld. Weitere 13 sind in Planung.

Ländlicher Raum unterversorgt

Die Situation in Nordrhein-Westfalen stelle sich höchst unterschiedlich dar, erklärte die Expertin im Ausschuss. Manche ländlichen Regionen seien unterversorgt, was ein großes Problem bedeute: In der Belastungssituation eine Klinik aufzusuchen, sei schwer genug. Umso dringender brauche es eine Anlaufstelle in der Nähe. Alle Stellen müssten gemeinsame Standards bekommen, darüber hinaus aber an regionale Gegebenheiten angepasst sein, verwies die Expertin etwa auf die Altersstruktur der Region.

Eine weitere Erkenntnis: Vielen Ärztinnen und Ärzten fehle die Erfahrung, gerichtsfeste Beweise bei Gewaltopfern zu sichern. Vor diesem Hintergrund hielt Hornberg es für unerlässlich, das ärztliche Personal kontinuierlich fortzubilden. Gerade wegen der hohen Fluktuation in Krankenhäusern gelinge es sonst nicht, alle zu erreichen.

Beschaffung und Transport

Darüber hinaus forderte die Expertin eine verlässliche Regelung für die Beschaffung des Materials, die zur Beweissicherung gebraucht würden. Ebenso wichtig seien einheitliche Bestimmungen für den Transport der erhaltenen Beweise zu einer zuverlässigen Lagerstätte. Diese Erfordernisse seien ebenso kurzfristig umsetzbar wie die Entwicklung landeseinheitlicher Untersuchungsbögen.

Mittelfristig hielt Hornbach eine landesweite Öffentlichkeitskampagne für dringend erforderlich. Nur wenn die Angebote der anonymen Spurensicherung bekannt würden, könne sich etwas an der hohen Dunkelziffer ändern. Und langfristig schließlich plädierte sie dafür, den Komplex Gewalt und Gewaltopfer im Studium der angehenden Ärztinnen und Ärzte, in der Ausbildung von Physio- und Ergotherapeuten sowie Pflegekräften zu verankern. Auch in der schulischen Prävention sah sie einen wichtigen Baustein.

Im Ausschuss herrschte Einigkeit über den Handlungsbedarf. [Regina Kopp-Herr](#) (SPD) be-

grüßte, dass es mit dem Projekt „GOBSIS“ bereits ein Dokumentationssystem für Ärztinnen und Ärzte gebe, Zeichen von Gewalt einheitlich und anonym zu erfassen. [Regina van Dinther](#) (CDU) fragte nach der geforderten Finanzierung für eine landesweite Versorgung mit Anlaufstellen. [Josefine Paul](#) (GRÜNE) wollte wissen, wie es gelingen könne, die Ärzteschaft mit den Verfahren vertraut zu machen. Ob ein von Hornbach für die weitere Entwicklung geforderter Fachbeirat wirklich nötig sei, fragte [Susanne Schneider](#) (FDP) und empfahl schlanke Strukturen.

Es gehe um spezifische Expertise bei Bedarf, nicht um turnusmäßige lange Sitzungen, erklärte die Professorin. Die Rekrutierung der Ärztinnen und Ärzte sei mit Blick auf die hohe Belastung in den Kliniken in der Tat schwierig.

Frauen- und Gesundheitsministerin [Barbara Steffens](#) (GRÜNE) plädierte deshalb dafür, das digitale Dokumentationssystem „GOBSIS“ so zu gestalten, dass es auch ein unerfahrener Facharzt im Wochenenddienst problemlos bedienen könne. Zudem müsse er sich mit spezialisierten Kolleginnen und Kollegen telefonisch austauschen können. Eine solche Erreichbarkeit müsse Teil des Dokumentationssystems sein. Für zentral hielt Steffens die Frage der absolut gerichtsfesten Spurensicherung und der breiten Information der Öffentlichkeit über anonyme Spurensicherung.

SOW

Porträt: Regina Kopp-Herr (SPD)



Das politische Engagement hat Regina Kopp-Herr von ihren Eltern übernommen. Aber erst als sie, „der Liebe wegen“, von ihrer Geburtsstadt Oberhausen nach Bielefeld umgezogen war und die drei ältesten Kinder zur Schule gingen, fand sie 1992 den Weg in eine politische Partei. „Ich habe damals die Programme der SPD und der GRÜNEN genau gelesen und bei den Sozialdemokraten fand ich mich am besten aufgehoben.“ Bis zur aktiven Teilnahme an der Bielefelder Kommunalpolitik dauerte es dann aber noch einmal sechs Jahre. Im Jahr des Parteieintritts hatte sich die jüngste Tochter angemeldet und beanspruchte zunächst die volle Aufmerksamkeit ihrer Mutter.

Ab 1998 besuchte die gelernte Medizintechnische Assistentin regelmäßig die Veranstaltungen ihres Ortsvereins im Bielefelder Südwesten. Als sie sich nach einigen Jahren ernsthaft mit dem Gedanken trug, für die Bezirksvertretung in Brackwede, dem größten der Bielefelder Bezirke, zu kandidieren, wurde sie praktisch über Nacht mit dem Angebot überrascht, doch für den Stadtrat anzutreten. Der bisherige Kandidat hatte kurzfristig die Brocken hingeworfen, die örtliche SPD war in Verlegenheit, und Regina Kopp-Herr kam als Retterin in der Not. Die Kommunalwahlen 2004 endeten für sie mit einem halben Erfolg: In Brackwede wurde sie in die Bezirksvertretung gewählt, seit 2009 ist sie Bezirksbürgermeisterin, die Wahl in den Rat gelang erst fünf Jahre später.

Offenbar hat ihre kommunalpolitische Arbeit die örtliche Parteispitze überzeugt, denn schon bald kamen erste vorsichtige Fühlungen, ob sie sich vorstellen könne, 2010 für den Landtag zu kandidieren. Regina Kopp-Herr konnte, wurde aufgestellt und gewann zur allgemeinen Überraschung ihren Wahlkreis direkt.

Den Schritt in die Landespolitik und die damit verbundene anstrengende Pendelei zwischen Bielefeld und Düsseldorf hat die heute 57-jährige Politikerin nie bereut, im Gegenteil: „Ich empfinde es als großes Privileg, als Abgeordnete arbeiten zu dürfen, immer wieder mit neuen spannenden Problemen konfrontiert zu werden und immer wieder interessante Menschen kennenzulernen.“

Besonders wichtig ist Landespolitik in ihren Augen durch den engen Bezug zur Kommunalpolitik und damit zu den Menschen, die in den Kommunen leben. Eine Wählerin habe ihr mal gesagt, Landes- und Kommunalpolitiker müssten sich immer bemühen, ihr Handeln zu erklären, erzählt sie. „Wir sind nahe bei den Menschen und unsere Aufgaben umfassen eine unglaubliche Bandbreite, von der In-Vitro-Befruchtung bis zur Beamtenbesoldung.“

Sorgen bereiten Kopp-Herr wie nahezu allen Politikern die großen Erfolge, die die neue Partei AfD bei den jüngsten Landtagswahlen erzielt hat. Über die Ursachen ist sie ein Stück ratlos, denn „viele Wähler können sich gar nicht mit dem Programm auseinandergesetzt haben, da lag ja noch nicht mal der Entwurf vor“. Zum Teil erklärt sie sich das Abschneiden der AfD mit einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis in weiten Teilen der Bevölkerung. „Viele Menschen fremdeln mit der Zeit, in der sie leben. Sie haben kein Verständnis für diejenigen, die anders aussehen, sich anders kleiden.“ Gleichzeitig fürchtet sie aber auch, dass die Soziologen der Uni Bielefeld Recht haben mit ihrem Untersuchungsergebnis, dass rechtes Gedankengut selbst in der Mitte der Gesellschaft fest verankert ist. Allein wenn sie sich die Vorstellungen der AfD zu Fragen wie Emanzipation und Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft anschau, könne sie nur kopfschüttelnd feststellen, dass dort ein Frauenbild wie vor über hundert Jahren herrsche.

Ist Regina Kopp-Herr nicht in Landtag, Bezirksvertretung oder Partei beschäftigt, hat keine Sitzungen des Beirats der Justizvollzugsanstalt in Brackwede und kein Treffen von Pro Familia, wo sie dem Vorstand angehört, versucht sie, ein bisschen Zeit für ihre Hobbys aufzubringen. Sie näht gerne, egal, ob Kleidungsstücke, Taschen oder Patchwork-Decken, sie singt nach Möglichkeit in einem Chor mit, und den Sommerurlaub verbringt sie am liebsten auf dem Fahrrad. Und wenn es die Zeit und die finanziellen Mittel erlauben, will sie sich noch einen großen Traum erfüllen: die Ostküste der USA entlang reisen, von Maine hoch im Norden bis nach Florida im Süden.

Peter Jansen

Nachhaltiger Eindruck

Die Berichterstattung über den Besuch einer Waldohreule am Landtag hat viele positive Reaktionen hervorgerufen. In der März-Ausgabe von Landtag Intern war nachzulesen, dass der seltene gefiederte Gast es sich auf einem Baum am Parlamentsgebäude bequem gemacht hatte. Als eine der Reaktionen darauf erreichte uns das folgende Gedicht von Frank Strube aus Düsseldorf. Der Soziologe liest seit etwa zehn Jahren Landtag Intern und findet im Dichten einen Ruhepol in der schnelllebigen Zeit.

Flügelmüd'

Im Kreise schwebte sie ganz leise,
Bevor sie sich dort niederließ,
Wo sonst nur leise sang die Meise,
Wenn sie das Licht willkommen hieß.

Da saß sie auf des Landtags Baume
Um dorten flügelmüd' zu ruh'n,
Bis sie nach einem langen Traume
Beschloss, die Flügel aufzutun.

Es grüßte stumm die Waldohreule
Den Baum, auf dem sie Ruhe fand,
Umflog noch eine Landtagssäule,
Bevor sie schwand nach Unbekannt.

Frank Strube

Foto: Schälte

Kurz notiert

„Tour der Begegnung“

Mit einem bunten Fest im Landtag hat die diesjährige „Tour der Begegnung – Inklusion läuft“ des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) begonnen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke begrüßte am 5. April 2016 gemeinsam mit LVR-Direktorin Ulrike Lubek 280 Schülerinnen und Schüler aus Düsseldorf und Linnich, die für das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung warben. Insgesamt werden sich bis 25. Mai 2016 rund 4.500 Schülerinnen und Schüler aus 30 Förderschulen des LVR sowie 20 allgemeinen Schulen an der Tour quer durch das Rheinland beteiligen. Einen ausführlichen Bericht und Bilder finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Fachtagung zum Thema Autismus

350 Gäste nahmen am 5. April 2016 an einer Fachtagung zum Thema Autismus im Plenarsaal des Landtags teil. Die Schirmherrschaft hatte Landtagspräsidentin Carina Gödecke übernommen. Mitveranstalter waren der Autismus-Landesverband NRW sowie der Regionalverband Autismus Rhein-Wupper, der in diesem Jahr sein 35-jähriges Bestehen feiert. Anlass war der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufene Autismustag. Die anschließende Fachtagung stand unter dem Motto „Therapie Vielfalt vernetzen“. Dabei ging es u. a. um Therapieformen, Frühdiagnostik und Frühintervention. Einen ausführlichen Bericht finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Aus der Sicht eines Sachverständigen

Die Arbeit des Landtags aus einem eher ungewöhnlichen Blickwinkel konnten nun Leserinnen und Leser eines Newsletters der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV Aktuell) nachverfolgen. Prof. Dr. Andreas Gourmelon von der Fachhochschule berichtete in der Märzausgabe aus einer sehr persönlichen Sicht über seine Teilnahme als Sachverständiger an einer Anhörung des Innenausschusses, des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sowie des Unterausschusses Personal zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz. Zur Sprache kommen nicht nur seine positiven Erfahrungen während der Anhörung, sondern auch beispielsweise seine Gedanken zur Krawattenauswahl. Den Bericht finden Sie unter: https://www.fhoev.nrw.de/uploads/media/FHoeVAktuell_Maerz2016pdf.pdf

Gestorben

18.3. Gerd Ludwig Lemmer (CDU)
Landesminister a.D. und MdL 1958 bis 1975



Eine Nacht für die Kunst

3.000 Besucherinnen und Besucher haben am Samstag, 9. April 2016, den Landtag besucht. Das Landesparlament hatte anlässlich der Düsseldorfer „Nacht der Museen“ wieder seine Türen geöffnet. Besonders beliebt waren die Kunstführungen im Landtag sowie die Vorträge im Plenarsaal, die in diesem Jahr unter dem Motto „70 Jahre Land und Landtag NRW“ standen. Auf reges Interesse stieß zudem das neue Besucherzentrum des Landtags.

Foto: Zanin